

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1918**

44 (21.2.1918)

# Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkassier monatl. 1.10 M., 1/4 jährl. 3.30 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.26 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftszeit: 1/8-1/4 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonietzelle od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Süddeutsche Zeit- u. Verlagsanstalt, Karlsruhe.

## Der Friedensvertrag mit der Ukraine vor dem Reichstag.

Bei der Beratung des Friedensvertrages mit der Ukraine im Reichstag erklärte der Staatssekretär von Kühlmann im Laufe seiner Darlegungen, daß in unserm Verhältnis zu Rußland eine neuerliche Wendung eingetreten sei. Der Rat der Volkskommissare in Petersburg habe einen Funkspruch an die Regierung des Deutschen Reiches gerichtet, welcher nach einigen einleitenden Worten über den Waffenstillstandsvertrag besagte: Der Rat der Volkskommissare sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschaffenen Verhältnisse sich bereit zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von der Delegation des Vierbundes in Breit-Litowsk gestellt worden sind. Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten näheren Bedingungen unverzüglich gegeben wird.

Wir stehen also vor einer neuen Tatsache. Nach allem, was wir mit Rußland schon erleben, werden wir keine Veranlassung haben, besonders zu jubilieren. Man kann Herrn Kühlmann zustimmen, wenn er selbst dem Eindruck entgegentritt, als sei nun alles glatt.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus ist der Friedensvertrag mit der Ukraine ebenfalls behandelt worden. Die Sitzung verlief sehr stürmisch, da die Polen und Tschechen nach dem Muster früherer Vorgänge in diesem Hause opponierten. Die Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler enthielt die wichtige Tatsache, daß mit den in Wien weilenden Vertretern der Ukraine eine authentische Interpretation des Friedensvertrages vereinbart worden sei, wonach die im Vertrag ausgesprochene ungefähre Grenzlinie im Gouvernement Cholin nicht endgültig sei, sondern noch in den Details von der Abgrenzungskommission, in der auch die Polen zu Worte kommen sollen, festgesetzt werden soll und zwar nach ethnographischen Gesichtspunkten. Aber es bedauert schon jetzt mit voller Bestimmtheit, daß die Polen von dem Entgegenkommen der Regierung keineswegs betroffen sind, sondern die Buglinie und den Kopf des Grafen Czernin fordern.

Dr. v. Seidler zeigte denn unter fortwährendem Beifall der Deutschen die Gründe aus, weshalb die für den Abschluß des Friedens, der ein Brot- und Volkstriede sein soll, bestimmend waren und schloß daran eine scharfe Ablehnung der Unterstellung, die über die Rolle Deutschland bei dem Friedensschluß in die Welt geschickt worden sei. Es ist kein Wort wahr an dem ganzen Gerede von dem deutschen Einfluß auf die Friedensbedingungen. Wohlmeinende Freunde können den Polen nur raten, ihre Forderungen nicht länger zu überhören. Von den nächsten Wochen und vor allem von dem Verhalten der Polen wird die Gestaltung des europäischen Ostens abhängen.

\* Berlin, 20. Februar.

**Zweiter Vizepräsident Dove** eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Heute feiert der König von Bayern mit seiner Gemahlin das Fest der goldenen Hochzeit. (Das Haus erhebt sich von den Plätzen.) Ich bitte um Ermächtigung, die Gesühle dieses Festes in einem Glückwunschtelegramm zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafte Beifall.)

Zur ersten Lesung liegen die mit der Republik Ukraine abgeschlossenen Verträge.

**Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kühlmann:**

Meine Herren! Die Vorlage, die die verbindlichen Regierungsgesandten heute zur Beratung und Beschlußfassung unterbreiten, betrifft den ersten Friedensschluß in diesem gewaltigen Kriege aller Zeiten. Es ist der Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen Verbündeten einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits. Die Verhandlungen in Breit-Litowsk haben während der Weihnachtspause durch das Auftreten einer offiziellen ukrainischen Friedensmission unter Führung des Ministers Holobowitsch einen neuen Charakter angenommen gehabt. Die ukrainische Volksrepublik ist ein junges Staatswesen und ist eines jener Gebilde, die auf dem Boden des ehemaligen russischen Kaiserreiches entstanden sind, nachdem der morose Bau des Zarenreiches, der mit die Hauptstütze aller Entfestigung dieses Weltkrieges trägt, unter dem Stoß der deutschen Armeen zusammengebrochen war. Die Ukraine, welche im allgemeinen das gesamte Südrussland umfaßt, ist in bezug auf Bodenschätze, Vieh und Eisen, sehr reich und besitzt auch die Anlage zu einer eigenen Industrie. Als die Ukraine einfach, das das Petersburger Kabinett keine aufschreiende Friedenspolitik verfolgte, hielten sich die Vertreter der Ukraine auf dem Standpunkt, den Krieg durch einen Frieden zu beendigen. Sie wollten in keiner Weise für die Sünden des Pazifismus verantwortlich sein. Sie sagten sich: Unser Volk will den Frieden und wir wollen auf dem geraden und kürzesten Wege den Wunsch unseres Volkes nach Frieden zu erfüllen suchen.

Die Verhandlungen waren nicht ganz leicht, da, wie zumeist bei derartigen jungen Völkern, die nationalen Ideale und die nationalen Wünsche nicht frei von Leidenschaft sind. Die Vertreter der Ukraine stellten territoriale Forderungen, welche schwer erfüllbar waren. Dabei hat ganz besonders die Abgrenzung nach Polen die meiste Beachtung gefunden und hat auch bei

den Polen die lebhafteste Kritik erfahren. Es wäre irreführend, anzunehmen, daß die mit der Beratung und dem Abschluß dieses Vertrages betrauten Staatsmänner sich der einschneidenden Wichtigkeit der betreffenden Bestimmungen nicht bewußt gewesen wären. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß, so schwerwiegend die betreffenden Interessen für uns sind, sie für die uns befreundete Donaumonarchie noch ganz erheblich schwerwiegender sind. Daß der Abschluß so erfolgt ist, wie er erfolgt, entsprang der Erwägung, welche auch der Ministerpräsident v. Seidler gestern in seiner Rede im Reichstag geltend gemacht hat, daß nach Lage der Verhandlungen die Befriedigung gerechtfertigt war, ein weiteres Zurückweichen der Ansprüche an der Cholmer Grenze würde das Scheitern des Vertrages zur Folge gehabt haben. Ich bin überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes ein solches Vorgehen nicht verstanden, ein Vorgehen unter Spannung des so erwiderten Friedens auf das Schärfste, ich glaube mit Recht, gemißbilligt hätte. Wie die Vertreter aus den getrennt in Wien gemachten Mitteilungen entnehmen haben, haben erneute Verhandlungen, welche die österreichisch-ungarische Regierung im Einvernehmen mit der deutschen Regierung mit der Ukraine geführt hat, das Ergebnis gezeigt, daß der Paragraph über die definitive Festlegung der Grenzlinien in erheblich ausgeglichener Weise interpretiert werden kann. Dabei werden die ethnographisch gegebene Lage und die Wünsche der Bevölkerung in weitestgehendem Maße Berücksichtigung finden können. Da bei der in Aussicht genommenen Kommission außer den Vertretern aus Polen durch Delegierte vertreten sein wird, haben wir im Rahmen des Möglichen alles getan, eine gerechte Abgrenzung zu erreichen. Es mag die Frage aufkommen, warum die ukrainische Delegation bei den besten Verhandlungen weitgehende Ansprüche gestellt hat, von denen jetzt der eine oder andere nachgelassen wird. Aber jedenfalls besteht der Vorwand, daß das unabhägliche Verhalten der Mittelmächte, gerade während der letzten Wochen, die Möglichkeit liegt nahe, daß die Diskussion über den ukrainischen Friedensvertrag sich zu einer allgemeinen Diskussion der Polenpolitik erweitert. Ich möchte das nicht als erwünscht bezeichnen.

Nach glaubwürdigen Mitteilungen kann angenommen werden, daß auch jetzt noch einem so langen Kriege wesentliche Vorräte sowohl in Brotgetreide wie in Futtermitteln in der Ukraine vorhanden sind. Deshalb ist sowohl für uns, wie auch in erheblichem Maße für die österreichisch-ungarische Monarchie die Herstellung des geordneten Handelsverkehrs mit der Ukraine, der Austausch der dort vorhandenen Leberhepate an Getreide, Futtermitteln und Rohstoffen gegen bei uns und in Österreich vorhandene Industrieprodukte ein ganz vitales Interesse. Das wird im Einvernehmen mit der ukrainischen Regierung dazu führen, daß die Erleichterung insbesondere des Rohstoffverkehrs Gegenstand gemeinsamer Studien und Maßnahmen sein wird.

Auf den rechtlichen und handelspolitischen Teil des ukrainischen Friedensvertrages möchte ich im einzelnen nicht näher eingehen. Diese Materie bedarf ihrer Natur nach mehr der kommissarischen Behandlung durch Sachverständige. Auch die handelspolitischen Abmachungen bieten die Gewähr dafür, daß ein gesunder Handel wieder aufleben kann, soweit die Schwierigkeiten, die jetzt noch in den rechtlichen Verhältnissen gegeben sind, das zulassen.

Was die Frage anbelangt, ob der Abschluß des ukrainischen Friedensvertrages den Abschluß des Friedens mit der bolschewistischen Regierung in Petersburg beeinträchtigen könne, so habe ich den Eindruck gewonnen, daß dies nicht der Fall ist. Wenn es überhaupt ein Mittel gegen Herrn Trotsky zur Unterzeichnung eines bescheidenen Friedens gäbe, so war es gerade der ukrainische Friede. Ich halte den Abschluß dieses Friedens auch heute noch für ein wichtiges Mittel, auch mit der Petersburger Regierung zu einem für beide Teile erträglichen Abschluß zu gelangen.

Die Ereignisse, welche sich an den Abschluß der Verhandlungen geknüpft haben, sind dem hohen Hause genügend bekannt. Ich kann mich bei dem historischen Rückblick sehr kurz fassen, denn mittlerweile sind

### neue Vorgänge

eingetreten, welche auf die Beziehungen mit dem bolschewistischen Kabinett vor immerhin erheblichen Eindruck sein werden. Nach dem erneuten Vorgehen der deutschen Heere, über dessen Einzelheiten die Herren aus dem Reichsrat unterrichtet sind, hat gestern das Reichskabinett einen Funkspruch an die deutsche Regierung gerichtet, welcher nach einem einleitenden Passus über die Verhandlungen des Waffenstillstandsvertrages sagt:

Der Rat der Volkskommissare sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschaffenen Verhältnisse sich bereit zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von der Delegation des Vierbundes in Breit-Litowsk gestellt worden sind. Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten näheren Bedingungen unverzüglich gegeben wird. (Lebhaftes Höre! Höre!)

Diese durch Funkspruch an uns gegebene Mitteilung stellt noch den Erfahrungen, die wir mit Funksprüchen gemacht haben,

es ist ja über den amtlichen Charakter derartigen Funksprüche man nighat disputiert worden, für uns ein absolut verbindliches Dokument nicht dar. Wir haben daraufhin und dementsprechend der Petersburger Regierung mitgeteilt, der Funkspruch sei hier empfangen worden, wir hätten um eine schriftliche Bestätigung seines Inhalts an unsere Linie, und wir haben die Mitteilung erhalten, daß die Regierung der Volkskommissare die schriftliche Bestätigung umgehend an unsere Linie schicken werde. (Lebhaftes Höre, Höre!) Nach den bisherigen Erfahrungen möchte ich nicht, daß in der freien Öffentlichkeit der Eindruck eintreife, als sei nunmehr alles glatt, als hätten wir den Frieden mit Rußland in der Tasche. Ich würde eine solche Auswertung hauptsächlich deshalb behaupten, weil ich der ethischen und aufrichtigen Friedensliebe des deutschen Volkes, welche von der Regierung in vollstem Maße geteilt wird, eine Enttäuschung ersparen möchte. Aber die Ereignisse werden sich jetzt verhältnismäßig rasch abrollen. Wir sind mit unseren Bundesgenossen über diese neuen vorliegenden Tatsachen in einem Gedankenaustausch eingetreten, der bei der weitgehenden Durchdringung der Materie, um die es sich handelt, gleichfalls in aller kürzester Zeit zu Ende gebracht werden kann. Eine wesentliche Verschärfung der Verhandlungsbasis dürfte, so weit es sich bis jetzt übersehen läßt, nicht eintreten. Wenn ich die Lage präzisieren, so kann ich sagen: Die Aussichten auf den Abschluß eines Friedens mit der Regierung der Volkskommissare sind durch Abschluß des Friedens mit der Ukraine und durch den von uns jetzt ausgehenden militärischen Druck, durch das Scheitern gewisser Hoffnungen, die man sich zweifellos in Petersburg gemacht hat, erheblich verbessert geworden. (Höre, Höre!) Es kann der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß wir jetzt zum Ziele kommen. (Lebhaftes Höre, Höre!) Aber der Freude über das große Ergebnis eines wirklichen Abschlusses mit den Russen, der wollen wir erst Ausdruck geben, wenn die Fäden unter dem Friedensbottiment trocken sind. (Lebhaftes Zustimmung auf allen Seiten.)

Ich brauche Ihnen, meine Herren, wie ich annehme, die Vorlage mit dem Funkspruch nicht besonders zu empfehlen. Der Eindruck, den ich draußen im Lande hatte, war der, daß die Öffentlichkeit diesen Abschluß mit Erleichterung und Freude aufgenommen hat und als den ersten Schritt begrüßt zu einer besseren Zukunft, zu einer Wiederherbeibringung des allgemeinen Friedens, den wir alle erhoffen und den wir bei ruhiger, harter, fester und entschlossener Führung der ausdauernden Politik in absehbarer Zeit auch zu erreichen hoffen. (Lebhaftester Beifall.)

### Die Ansprache.

**Abg. Gröber (Zentr.):** Der Friedensvertrag ist vorbildlich für spätere Verträge. Darin beruht unsere Freude. Der offene Ring um uns ist durchbrochen und eine Fresse in die Mauer gelegt, die um die Mittelmächte geschlossen war, um uns von der Welt abzusperren. Die Ansprüche der Polen müssen möglichst erfüllt werden. Ein Friedensschluß mit Rußland bedeutet für uns nicht einen Frieden mit den bolschewistischen Bänden, die sengen und brennen. Wir hoffen, daß uns bald weitere Friedensverträge vorgelegt werden.

**Abg. David (Soz.):**

Der Funkspruch hat uns vor eine ganz neue Situation gestellt. Diese Meldung aus Petersburg ist hoch erfreulich. Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die neue Hoffnung nicht wieder zusammenbricht. Die Schuld an dem früheren Scheitern der Verhandlungen liegt nicht bloß auf russischer Seite. (Widerpruch) Trotsky soll nach Ansicht der Alldeutschen den Frieden nicht gewollt haben. (Sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien.) Wie unrichtig das ist, beweist der vorliegende Funkspruch. Sie meinen, unser militärisches Vorgehen habe den Abschluß bewirkt. Wenn die Bolschewisten treiben eine Politik des Friedens. (Zuruf: Politik der Revolution!) Unsere militärische Organisation muß jetzt wieder zurückgenommen werden. Man muß den Eindruck vermeiden, als ob wir einen Regierungswechsel in Rußland herbeiführen wollten. Die gewaltige Revolution in Finnland ist nicht von außen nach Finnland hineingetragen worden, sie ist eine finnische Bewegung. Mit Estland und Livland steht es ebenso. In der Ukraine sind die Bolschewisten in der Minderheit. Bei der Abgrenzung des Bezirks Cholm hätte unbedingt die dortige Bevölkerung gehört werden müssen. Es muß alles geschaffen, um zu vermeiden, daß die deutsch-polnische Verständigung zusammenbricht. Die Verständigung im Osten wird auf den Westen wirken. Deshalb muß mit aller Macht, aber auch mit aller Ehrlichkeit diese Verständigung angestrebt werden. Des erachtet meine Partei und steht es als Voraussetzung für ihre Mitarbeit an.

**Abg. Seuba (Pole):** Mit Bedauern hören wir, daß das Zentrum dem Friedensvertrag zustimmen wird. Alle schönen Grundzüge vor der Befestigung der Geheimdiplomatie, wollen Selbstbestimmungsrecht der Völker, Ablehnung der Annexionen, sind außer Acht gelassen. Selbst von einer Teilung Polens wird gesprochen. Die Erregung unter den Polen ist aufs höchste gestiegen. Wir Polen können diesen Friedensvertrag ab als einen Akt der Gewalt und hoffen, daß sich die übrigen Parteien uns anschließen. (Zuruf: Was denken Sie von uns?)

**Abg. Dove (F. Vp.):** Der Aufforderung des Vordemners können wir nicht nachkommen. Wir haben die Interessen des deut-

Seite 6  
er  
tag  
cht!  
en  
eu  
li  
2617  
ing  
Erg. Porto  
Studentenzeit  
handelt. Für  
Anschaffung  
"Presse"  
be.  
P. 1.  
S  
a  
e  
hs  
2616  
erschaffen  
Mitbringen.  
inner  
Karlsruhe.  
enbach, Schul  
Wertmessen  
meister. Rupe  
ve von Jahr  
echt, ledig. 2  
ia Mall, Bam  
Winter, 50  
pp Mod, Gien  
erbe.



### Das neue Reichstagswahlrecht.

Dem Reichstag ist bei seinem Wiederauftritt eine Vorlage für die Wahlreform in der Reichsversammlung übergeben worden, die das Reichstagswahlrecht in bemerkenswerter Weise abändert. Es handelt sich um die Wahlkreiseinteilung, die, wie man weiß, seit 1869 unverändert geblieben ist. Jetzt sollen die Wahlkreise, die ursprünglich durchschnittlich 100 000 Seelen zählten, aber inzwischen vielfach infolge der Industrieentwicklung zu gigantischer Größe angewachsen sind, wieder ein wenig in Ordnung gebracht werden. Die vorgelegene Reform ist nun nicht eine glatte Neueinteilung, so daß etwa jetzt Wahlkreise von 150 000 Seelen gebildet werden, sondern nur ein Stückchen Notgesetz. Die Wahlkreise, die weniger als 300 000 Einwohner haben, bleiben so, wie sie bisher waren. Die Reichswahlkreise mit mehr als 300 000 Einwohnern erhalten in Zukunft für je 200 000 Wähler und jeder weitere Hunderttausend angelegene Einwohner einen Abgeordneten. Ein Wahlkreis mit 200 000 Einwohnern wird also durch die Vorlage überhaupt nicht berührt. Ein Wahlkreis mit 300 001 bis zu 499 999 Einwohnern erhält zwei Abgeordnete, ein Wahlkreis mit mehr als 500 000 Einwohnern drei Abgeordnete. In diesen Reichswahlkreisen sollen nun aber die Teile nicht sämtlich der Partei zufallen, welche die meisten Stimmen hat, sondern nach der Verhältniswahl unter die Parteien verteilt werden. Gemüht hat bisher z. B. ein Mandat, das seit langem in sozialdemokratischen Händen war. Bei der letzten Wahl erhielten wir dort 42 000 Stimmen, die Nationalliberalen 16 500, die Konservativen 6800. Die Stimmengruppen werden nun der Reihe nach durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, je nach der Zahl der zu begehrenden Mandate, und die bei diesem Divisionsergänzel jeweils höchste Stimmengruppe erhält das Mandat z. B. im Chemnitz Falle fiele das erste Mandat der Sozialdemokratie zu; teilt man aber die sozialdemokratische Stimmengruppe durch 2, so ergibt sie 21 000, und da an diese Zahl die bürgerlichen Stimmengruppen ebenfalls nicht heranreichen, würde ihr auch das zweite Mandat zugesprochen werden. Gätten sich indessen Nationalliberale und Konservative auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt oder, was in Zukunft möglich sein soll, ihre Listen vereinigt, so hätten sie zusammen 25 300 Stimmen gehabt, so daß das zweite Mandat ihnen und nicht der Sozialdemokratie zugefallen wäre. Dieses Verhältniswahlrecht wird in Zukunft demnach in allen großstädtischen Bezirken herrschen. Die Gesamtzahl der Mandate wird insgesamt um 44, von 397 auf 441 vermehrt. Wie viele von diesen Mandaten der Sozialdemokratie und wie viele den bürgerlichen Parteien zufließen werden, darüber vermag ich selbst auf Grund der Wahlergebnisse von 1912 nur eine sehr grobe Nachforschung anzustellen zu wagen. Nun ist aber nichts gewisser als dies: Die Abstimmungsergebnisse von 1912 haben für die nächste Wahl, die nach der ungeheuren Umwälzung dieses Krieges stattfinden wird, nicht mehr die Bedeutung, die sonst frühere Wahlergebnisse für den nächsten Wahlgang haben. Wohl alle Sozialdemokraten sind fast übereinstimmend der Überzeugung, daß die Erfahrungen dieses Weltkrieges — das ungeheure Unglück, das der Kapitalismus über die Welt gebracht hat, der Kriegszustand und vieles andere — die Zahl der sozialdemokratischen Wähler bedeutend vermehren müssen. Auf der anderen Seite läßt sich gar nicht absehen, wie gute Aussichten die Parteienpartung einmütig vorgehenden bürgerlichen Parteien gibt, in jedem Wahlbezirk wenigstens die Hälfte oder ein Drittel der sozialdemokratischen Stimmengruppe zuzugewinnen, und sich dadurch den zweiten oder dritten Sitz zu erobern.

Läßt sich also die Wirkung der neuen Wahlkreiseinteilung nicht vorhersehen, so liegen zwei Einwände gegen sie sofort auf der Hand. Einmal ist es augenscheinlich ungerecht, daß im offenen Gegensatz zu der ursprünglich festgelegten Gleichheit der Wahlkreise, auch in Zukunft große und kleine Kreise nebeneinander bestehen werden. Wie bisher wird die Stimme des großstädtischen Wählers in vielen Kreisen weniger Einfluß auf die Zusammenlegung des Reichstages haben, als die Stimme des Wählers aus irgend einer agrarischen Gegend oder irgend einem winzigen Kleinstaat. Ebenso ungerecht wie diese feststehende Ungleichheit ist die neue Ungerechtigkeit, das Verhältniswahlrecht nur auf die großstädtischen Bezirke und nicht auf die übrigen Wahlkreise zu erstrecken. Man sieht dadurch die kapitalistischen Minderheiten in den großstädtischen und entzweit die sozialistischen Minderheiten in den Kleinstädten.

Weer trotz aller dieser Einwände bleibt die Verneuerung der Reichstagsmandate um 44 Sitze, die den Großstädtern zufallen, ein außerordentlich bemerkenswerter Fortschritt. Berlin erhält mit seinen Vororten 20 Mandate statt bisher 8, Hamburg 5 statt 3, Leipzig 4 statt einem, München und Dresden 3 statt 2 und die meisten anderen Großstädte 2 statt bisher einem. Selbst angenommen, daß den Hauptvorteil davon zu nächst die Liberalen hätten, bedeutet doch diese Reform der Wahlkreiseinteilung eine Verstärkung der fortschrittlichen Elemente im Reichstag, wird sie doch das Bild der Volksvertretung mehr den wirtschaftlichen Tatsachen anpassen als bisher.

Damit ist die Grundlage für weitere Verbesserungen gegeben, und so bleibt es trotz aller Einwände wünschenswert, daß die erste Wahlabschlusssitzung angenommen wird. Wenn neben das neu erringene gleiche Wahlrecht in Preußen die bessere Vertretung der Großstädte im Reichstag tritt, sind wichtige Fundamente für den Neuaufbau Deutschlands gelegt.

### Aus der Partei.

Vom Fortschritt der Parteipresse. Einen sehr erfreulichen Aufschwung hat unser neues Parteiblatt in Düsseldorf angenommen. Wie es in seiner Nummer 3 vom Sonnabend, den 16. Februar, mitteilt, wurden von der zweiten Nummer des Blattes allein 10 000 Exemplare im Straßenhandel umgesetzt. Dazu kommt noch die ständig wachsende Zahl der festen Abonnenten in Düsseldorf und im Felde, ferner die Zeitungen, die an die Reichswahlkreise abgegeben werden, sodas das neue Blatt schon jetzt auf eine sehr respektable Leserschaft bilden kann. Die Fortentwicklung der „Düsseldorfer Freien Presse“ ist aber noch keineswegs abgeschlossen, denn ständig laufen beim Verlag neue Bestellungen ein, in erfreulich großer Zahl auch aus dem Felde. Dies gibt Veranlassung zu der Hoffnung, daß die seit der Parteipartung unelbstlichen Verhältnisse in der Düsseldorfer Parteipresse wieder gebunden werden.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion nahm in ihrer Sitzung am Dienstag den Bericht des Prä-

sidents vorstandes entgegen über die Ereignisse der letzten Woche. Im Anschluß daran fand eine lebhafte Aussprache statt über den Friedensvertrag mit der Ukraine. Als Redner zu diesem Friedensvertrag wurde Abgeordneter Dr. David bestimmt.

### Deutsches Reich.

#### Anfragen im Reichstag.

Auf eine Anfrage des Abg. Stücklen, ob es richtig sei, daß bei der Heeresgruppe Madenken den Mannschaften verweigert wurde, mit Reichstags- und Landtagsabgeordneten in Verbindung zu treten, ist die Antwort erfolgt, daß ein solcher Befehl bei der genannten Heeresgruppe nicht erlassen worden sei.

Abg. Meerfeld stellt fest: Der Gouverneur der Festung Köln hat am 12. Februar die „Rheinische Zeitung“ unter Verbot gestellt. Eine Mitteilung an ihre Leser über diese Maßnahme ist der Zeitung nicht gestattet. Der Gouverneur hat ferner die Genehmigung einer für den 15. Februar anberaumten Volksversammlung, in der Meerfeld über „Sozialdemokratie und Vaterlandspartei“ reden sollte, im Gegensatz zu der bisherigen Praxis davon abhängig gemacht, daß der Redner den Wortlaut seiner Ausführungen einreiche. In Köln besteht auch der Brauch, daß den Soldaten der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen verboten, solcher der Vaterlandspartei dagegen gestattet ist. Der Reichskanzler wird gefragt, welche Stellung er zu den geschilderten Maßnahmen der militärischen Stellen einzunehmen gedenkt und wie er dieses Vorgehen in Einklang zu bringen glaube mit seiner Versicherung auf dem Gebiete der Presse- und Versammlungsfreiheit fühlbare Erleichterungen schaffen zu wollen.

#### Das preussische Wahlrecht.

Berlin, 20. Febr. In der heutigen Sitzung des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde der konservativ-konservative Antrag auf Gewährung eines Mehrstimmenwahlrechts mit 20 gegen 15 Stimmen angenommen und damit der Paragraph 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, für erledigt erklärt. Für den Antrag stimmten 12 Konservative, 4 Freikonservative und 4 Nationalliberale gegen die übrigen Mitglieder.

#### Zuchthaus für Schleihhändler und Wucherer.

Die Verabschiedung der Schleihhändler- und Wucherer-Verordnung durch den Bundesrat steht bevor. Die Vorlage ist nur kurz, so daß anzunehmen ist, daß sie die einschlägigen Ausschüsse bald passieren werden. Wie man vernimmt, richtet sich das Gesetz nicht gegen den Käufer, die Lebensmittel nur zum Verbrauch im eigenen Haushalt kaufen, sondern gegen Händler, die Waren zum Weiterverkauf, also zu Spekulationszwecken, erwerben und unter Verletzung der den Verkehr mit diesen Waren regelnden Vorschriften weiterverkaufen. Als Strafen sind Geld- und Gefängnisstrafen, in Wiederholungsfällen Zuchthausstrafen vorgesehen. Jedenfalls kommt das Gesetz ungezügelt spät.

#### „Die Schueneerei in der Papierverfertigung“.

Unter dieser Spitzmarke suchte der Wiesbacher Anzeiger in derber und sehr deutlicher Weise die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Papiernot im Buchdruckgewerbe zu lenken und fernerzudrücken im übrigen die Stimmung der Provinzpresse in bezug auf die druckverweigernde Unmöglichkeit folgendermaßen: „Kaum dreiviertel Stunden von Wiesbach entfernt, befindet sich eine der leistungsfähigsten Papierfabriken Deutschlands. Dort ist Papier aufgehäuft, so viel, daß damit verschiedene Tausend Zeitungen auf Lebensdauer versorgt werden könnten. Die Druckerei des „Wiesbacher Anzeiger“ kann aber von der Papierfabrik am Baum kein Papier erhalten — oder nur einen Posten, der kaum einige Tage anhält. Dafür wird uns Papier zugewiesen von einer Gegend Deutschlands, die ein halbes Tausend Kilometer entfernt liegt. Dieses Papier wieder kann aber wegen der Verkehrs-schwierigkeiten nicht geliefert werden. Die Folge dieser wunderbaren Kriegswirtschaft ist, daß wir in Wäldern wegen Papiermangels den Zeitungsbertrieb werden einstellen müssen, ebenso wird auch die Herausgabe des Amtsblattes in kürzester Zeit unmöglich sein. Schuld daran sind die Kriegswirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe in Berlin und der Verband deutscher Druckpapierfabriken in Berlin, also zwei Berliner Gründungen, die im edlen Bestreben dafür sorgen, daß die deutsche Provinzpresse ohne Papier bleibt. Bei dieser Schueneerei in der Berliner Zentralpalesten, bei dem organisierten Durcheinander und bei dem ganzen Faustbetriebe, der da herrscht, wundern wir uns nicht mehr, wenn wir erst ein Vierteljahr nach der Bestellung geliefert werden. Wenn man aber sieht, daß diese Riesenschlamperei trockenhaft ins Augehorst, wäht, wenn man statt Papier freundschaftliche Antworten aus Berlin erhält, wenn man vor der Einstellung des Betriebs steht, weil es den Berlinern so gefällt, dann dürfte es Zeit sein, daß man die breiteste Öffentlichkeit auf diese unauflösliche Berlinerlei aufmerksam macht. Gift, was helfen mag — durch Höflichkeit erhält man nichts, weniger kann man durch Grobheit auch nicht erhalten.“

### Badischer Landtag.

#### Zweite Kammer. — 28. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 20. Februar.

Zu Beginn der um 10 Uhr von dem Präsidenten Kopf eröffneten Sitzung beantwortete Staatsminister v. Bodman eine von dem Abg. Banzbach (N. V.) gestellte Frage über die Elektrizitätsversorgung dahin, daß auch der badische Regierung die Beleuchtungsnot in den einzelnen Landesteilen bekannt sei. Durch die Inbetriebnahme des Ringwerkes wird wohl eine gewisse Besserung eintreten können, in denjenigen Landesteilen jedoch, die bis jetzt noch nicht an das Elektrizitätsnetz angeschlossen sind, wird die Beleuchtungsnot in absehbarer Zeit nicht gehoben werden können.

Im Auftrag der Budgetkommission berichtete darauf Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) über den

Bericht des Ministeriums des Innern und berührt dabei auch den Wechsel im Gewerbeaufsichtsamte. Der Redner wünscht dem aus dem Amte geschiedenen Leiter des Amtes

seinen Nachfolger Geh. Rat Böhmhoff hofft der Berichterstatter, daß es ihm gelinge, seiner schweren Aufgabe gerecht werden zu können. Die Budgetkommission habe sich in eingehender Weise mit dem Gewerbeaufsichtsamte befaßt und den Wunsch geäußert, daß die Arbeiterbeschäftigungen für Frauen und Kinder durchgeführt werden müssen. Auch die Verbesserungsverhältnisse der jungen Verwaltungsbeamten beschäftigte die Kommission, die eine Besserung wünsche und dann auch die baldige Einführung von Anzugsämtern unterstützte. Die Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot sollten nicht allein Aufgaben von Reich und Staat, sondern auch in erheblichem Maße der Gemeinden sein. Der Anhalt dort, die so Ersprießliches geleistet hat, bringen wir zu ihrem 25jährigen Bestehen nachträglich unsere Glückwünsche entgegen. Die im außerordentlichen Etat enthaltene Summe von 100 000 Mark für die Stadt Karlsruhe wurde in der Kommission beantragt. Es handelt sich dabei um einen Zuschuß zu dem der Stadt Karlsruhe aus dem Reichsstaatsfonds ihrer für 1915 geplanten Jubiläumsausstellung entstandener Defizit in Höhe von 450 000 Mark. Bei den Beratungen dieser Frage sei in der Kommission darauf hingewiesen worden, daß die Stadt Karlsruhe in den letzten Jahren durch mancherlei Vergünstigungen erhebliche Vorteile gehabt und durch die Zunahme der Steuern während des Krieges sehr viel profitiert habe. Die Anforderung von 100 000 Mark wurde schließlich in der Budgetkommission mit knapper Mehrheit angenommen. Besonders eingehend befaßte sich die Kommission mit den Heeresbeschäftigten und da Zweifel geäußert wurden, ob die Reineinnahme der Verwalter der Sammelstellen tatsächlich höher ist als 60 000 Mk., hat das Ministerium durch einen Sachverständigen der Rheinischen Treuhand-Gesellschaft A. G. in Mannheim aus den Geschäftsbüchern der Sammelstellen den tatsächlichen erwachsenen Aufwand und die verbleibende Reineinnahme ermitteln lassen. Der Bericht der Treuhandgesellschaft liegt mir nun vor. Die Treuhandgesellschaft hat ihn aber nur unter gewissen Vorbehalt erstattet und stellte fest, daß keine regelmäßigen Abschlässe gemacht worden sind und eine genaue Uebersicht deshalb nicht gewonnen werden konnte. Auch ist der Erlös aus geschloffenen Tieren sehr niedriger festgestellt. Ferner sind die Abschreibungen von Gebäuden in einer erheblichen Höhe vorgenommen worden. In seinen Schlussworten gedachte der Redner der 3000 aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern im Felde stehenden Beamten, von denen 800 gefallen sind. Diesen widmete Dr. Schöfer ein Wort des Gedenkens und rühmte dann die Tätigkeit des Ministeriums bis zum letzten Beamten (Bravol), denen, die in den nächsten Tagen einen schweren Gang gegen den Feind zu tun haben, begleiten unsere beste Wünsche.

In seiner weiteren Ausführungen sprach dann Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) als Diskussionsredner. Er hebt dabei hervor, daß es notwendig sei, die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft zu stärken; dazu könne auch die Bodenverbesserung und Bodenverbesserung beitragen. Bedauerlich ist, daß kein gesetzliches Recht besteht, dem Gewerbeaufsichtsamte die Einforderung der Lohnskaffen zu ermöglichen. Die jugendlichen Arbeiter, die heute so viel Geld verdienen, sollten daran denken, daß auf die fetten Tage, die morgen folgen. Aber wir sehen, wie die jungen Leute ihr Geld ins Kino tragen und es hinauswerfen. Neben den hohen Löhnen stehen die Hungerlöhne, die auch in Baden noch gezahlt werden und die in schreierendem Widerspruch stehen zu den Einnahmen der großen Betriebe. Hier muß die Regierung nach dem Mächten sehen. Stundenlöhne von 20 bis 30 Pf. sind unerschöpflich. Wir haben nun aber einen Streik erlebt, der nicht aus Lohnfragen, sondern aus politischen Fragen heraus entstanden ist. Die Folgen dieses Ausstandes sind, daß der Interzessen der Arbeiter ein außerordentlich schlechter Dienst geleistet werden ist, und was die politischen Folgen, die wir deutlich sehen, anbelangt, so trifft die Verantwortung einzig die an dem Streik Beteiligten. Ein sehr verständnisvolles Unternehmen ist das Zusammenlegen der Betriebe; damit werden die Kleinen kaputt und den Großen in die Taschen gearbeitet. Die Schule sollte in ihre alte Stellung zurückgeführt werden; man mache auch endlich einmal Schluss mit den vielen Ferien. Es ist doch nicht notwendig, wegen jedem patriotischen Anlaß schulfrei zu geben.

Abg. Müller (N. V.): Das Schicksal der Landwirtschaft ist das Schicksal unseres Volkes. Nach einer Behauptung des Herrn Staatsministers wären wir im Kriege verloren gewesen, wenn wir vor dem Kriege die Politik der Linsen bei der Landwirtschaft gemacht hätten. Das wird auch zu unterzuchen sein. Der Abg. Schöpler hat in einer Rede vor einigen Wochen schwere Angriffe gegen meine Partei ausgesprochen, obgleich bei jener Aussprache von unserer Praxition kein Wort gegen die Konfessionsparteien oder gegen die Reichstagsparteien geäußert worden ist. Ich hatte bisher keine Gelegenheit, diese Angriffe des Abg. Schöpler zurückzuweisen und muß es nun heute tun und da muß ich mich zunächst gegen den Vorwurf wenden, die kapitalistisch-demokratische Presse habe die Verantwortung für den künstlich geschaffenen Korridorhah zu tragen. Da kann man doch eher und mit vollem Rechte sagen, daß durch die Rede Schöplers der Demokratenhuh nachgewiesen wurde. Wir haben niemals eine Abneigung gegen den Großgrundbesitzer als Mensch gehabt. Ebenso falsch ist die Anschuldigung, wir seien Feinde der Aristokratie. Echte und rechte Aristokratie wird auch von uns erstrebt. Wir beurteilen den Wert des Menschen allerdings nicht nach Rang und Stand, sondern nach seinen Geistesgaben. Auf das Gebiet der wirtschaftlichen Neuorientierung gehört die Frage, ob wir den eigenen Bedarf von Nahrungsmitteln selbst decken können. Ich bejahe diese Frage und fang mich dabei auf Bubenberger berufen, der der gleichen Ansicht war. Wir haben genug Siedlungsland und brauchen gar nicht immer über unsere Grenzen hinauszugehen. Wir haben auch in Baden noch genug Land, das nicht genügend ausgenutzt wird. In unserem Großgrundbesitz liegt ein großes Geminnis zur Erlösung dieser Forderung. Hier liegt die Not für unsere Landwirtschaft und zwar in der Ausnutzung des Großgrundbesitzes. Es besteht nun einmal ein Gegensatz zwischen dem Großgrundbesitz und den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben. Der Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande, der mit dazu beiträgt, daß so und so viele Morgen Landes brach liegen, ist zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß die Städte eine besonders große Anziehungskraft ausüben, sondern vielmehr darauf, daß auf dem Lande zu wenig Gelegenheit zur Selbstständigkeit gegeben ist. Deshalb ist es notwendig, daß der Staat selbst Land erwirbt zu rationellen inneren Kolonisationen oder daß er zur schrittweisen Enticnung freier und Land in Erbpacht gibt. Weitere Politik der Landwirtschaft sollte getragen sein von dem Gedanken, den ein wahrer Freund der Landwirtschaft Lorenz v. Stein ausgesprochen hat: „Es gibt kein Ding, das der Landwirtschaft von allgemeinem Interesse gleich käme, gar keines, das sie überträte.“

Linäsi und  
er genöth dem  
s Unterrichts-  
wardewest und  
nd die beiden  
ert.

ten.

Febr. (Auml.)  
Stellen der  
höhere Erkun-  
ntem, der  
Reims un-

Bahn Niga-  
unserer bis  
überschritten,  
nördlich der

Divisionen in  
den Dina-  
ten den Vor-

nen morstie

berst Ge-  
dem Ma-

ues.

endorff.

em.

Vergangen-  
u feindliche  
geworfen und  
auch ein-  
d geidie

traine.

Aus dem  
Friedens-  
Grenzen der  
Reiche de-  
n zur Dur-  
ppen das ge-  
fall besetzt.

eben ist die  
nchten Num-  
ngen em-  
erium ein-  
genommen der  
u und Sivot  
ei festgelegt  
diesen beiden  
g ü n t i t  
Die Zahl  
Involben  
rumänischen  
pote bekann-  
en sich hier-  
Borgänge z-  
Ermittlungen

gebeht.

der „Mo-  
Zählung“ die  
von Schütte

en Teil des  
ofer und 10  
Verkehr nach  
n Dampf-  
wurden aus-  
er den Sen-  
el“, „Da“,  
ia“, „Ada“,  
hol. Eine  
wurz wurde  
beischädigt.

zufolge hielt  
16. Januar  
die Nicht-  
aten. Er  
i, daß man  
um van der  
als sie ne  
das Gleich-  
müssen wir  
eine weitere  
en die ge-  
den, noch  
land gefest  
sollen wir  
noch Groß-  
eln verfor-  
Das mag  
risousidus  
Schiffsraum  
keine wei-  
r möglich  
ber gewiß  
Wesfaches  
n werden  
ebor wir

Hg. Gortmann (Zentr.) wünscht in seinen Ausführungen härteren Schutz der Mutterchaft. Mit der Ueberwachung der Schuttbestimmungen für die Arbeiter während des Krieges ist es schlecht bestellt. Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hat nie solche Erfolge gezeitigt, wie jetzt im Kriege. Redner regt an, in Baden ein Institut für soziale Hygiene zu errichten. Die Ueberwachung von Gewerkschaftsversammlungen sollte nicht mehr vorkommen. Redner befaßt sich im folgenden mit Lohnfragen und bemerkt dabei, daß auch in der Kriegsindustrie die Löhne nicht hinreichen, um die Leistung auszugleichen. Interessant wäre es zu erfahren, wie es mit der Schaffung von Arbeitsstätten steht. In dem jüngsten Streit haben die Arbeiter der christlichen Gewerkschaften nicht mitgemacht. Die Arbeitgeber müssen dem Gewerbeaufsichtsamte angeklagt werden. Der deutschen Landwirtschaft ist mit Recht hohes Lob spendiert worden. Ohne sie wären wir nicht durchgekommen, ebenso aber auch nicht ohne die Arbeiterchaft, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist.

Hg. Maß (Zentr.): Den Maßnahmen der Regierung, der Wohnungsnot abzuhelfen, kann man nur zustimmen. Der Staat sollte sich an den Gemeinnützigen Bauvereinigungen selbst beteiligen. Ebenso sollte die Regierung die Erwerbung von Eigenland mit Garten auf der Grundlage des Erbbaurechts fördern. Inzuevidenzhaft wird dadurch der Familienhaushalt gehoben und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Einzelnen werden gefördert. In engen Zusammenhang damit steht die Bodenpolitik der Städte, die auf dem Gebiet des Wohnungsbaues mehr als bisher tun müssen.

Um 1 Uhr wird die Beratung abgebrochen. Fortsetzung: Donnerstag vormittag 9 Uhr.

**aus dem Ernährungsausschuß der Zweiten Kammer.**

Die Kommission für Ernährungsfragen hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab. Zur Beratung standen die Titel 1 und 4 der dritten Denkschrift der Gr. Regierung über ihre wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges. Es handelt sich in diesem Kapitel um Beamtenschaft und um Verkehrsmaßnahmen der Eisenbahnverwaltung. Der Berichterstatter Hg. Gortmann (Zentr.) sprach der Regierung den Dank aus für ihre Maßnahmen auf diesen Gebieten, die dazu beigetragen hätten, das gute Verhältnis zwischen Regierung und Beamtenschaft zu sichern. In der Aussprache wurde die Notwendigkeit der Anreizung und ihre Unterstützung durch die Regierung in Frage gestellt. Weiter wurde bemängelt, daß die Eisenbahnkassentiere auf dem Lande unter Ueberforderung der Höchstpreise Lebensmittel aufkaufen. Dem Antrag des Berichterstatters gemäß wurden die Titel für unbeantragt erklärt und betont, daß die Regierung alles getan hat, um die Lage der Beamten und Arbeiter so zu gestalten, daß ihnen das Durchhalten erleichtert wird.

**Die Reform der Ersten Kammer.**

In der gestrigen Sitzung der Verfassungskommission der Zweiten Kammer kamen die Anträge auf Reform der Ersten Kammer zur Beratung. Ueber diese Frage fand zunächst eine Generaldebatte statt. Vertreter des Zentrums und der Nationalliberalen begründeten die Anträge ihrer Parteien. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erklärte, daß die Anträge ihm nicht sehr sympathisch seien. Seine Partei sei für Abschaffung der Ersten Kammer gegenüber der Volkstammer gekämpft worden. Die dringlichste Reform sei die Abschaffung der Vorrechte des Adels. Staatsminister Febr. v. Bodman erklärte, er halte die Frage einer Reform der Ersten Kammer nicht für so dringlich, daß schon dem nächsten Landtag eine Gesetzesvorlage zu machen wäre. In der weiteren Aussprache herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die Arbeiterchaft auch eine Vertretung in der Ersten Kammer erhalten müsse.

**Baden.**

**Die Bekämpfung des Kettenhandels in Baden.**

Seit Frühjahr 1916 hat das badische Landespreisamt auch die Bekämpfung des Kettenhandels, welcher nicht nur den Verbraucher, sondern auch den realen Handel erheblich schädigt, als eine besonders wichtige Aufgabe angesehen. Um zu ermit-

teln, wer als Kettenhändler in Betracht kommt, wird der Anzeigenteil von 40 Zeitungen und Zeitschriften täglich geprüft und veranlaßt, daß die Anzeigen verdächtigen Inhalts einer besonderen Behandlung zugeführt werden. Weiter hat das Landespreisamt in der Zeit vom 1. Januar bis einschl. 15. November 1917 insgesamt 2850 Geschäfts- und Bücherprüfungen vornehmen lassen. Bei diesen Prüfungen wurde festgestellt, daß zahlreiche Nichtkaufleute Handel treiben und sich vielfach auch des Kettenhandels und der übermäßigen Preissteigerung schuldig gemacht haben. In allen diesen Fällen hat das Landespreisamt die Einleitung eines Verfahrens veranlaßt.

Mit Rücksicht auf die wiederholt erhobenen Klagen, daß in den Lagerhäusern große Mengen von Lebensmitteln aufbewahrt und absichtlich zurückgehalten werden, wurde vom bad. Landespreisamt die Untersuchung der Bestände in 47 Lagerhäusern und die Weiterleitung der Waren in den in Betracht kommenden Fällen durchgeführt. Weiterhin hat das Landespreisamt entsprechend der ihm vom Ministerium übertragenen Pflicht zur Auskunftserteilung in der Zeit vom 1. Januar 1917 bis 15. November 1917 560 Gutachten an Gerichte, Verwaltungsbehörden und Staatsanwaltschaften erstattet.

**Zentrum und Vaterlandspartei.**

Die Zentrumspartei im ersten badischen Reichstagswahlkreis, Konstanz-Radolfzell, hielt in letzter Woche eine Vertretungsmänner-Konferenz ab, in welcher u. a. zur Vaterlandspartei Stellung genommen wurde. Die Meinung der Konferenz hierzu wurde in dieser Resolution niedergelegt:

1. Die heute in Radolfzell tagende Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrumspartei des 1. bad. Reichstagswahlkreises bekennt sich rückhaltlos zu der Kriegszieleklärung der Vaterlandspartei des Reichstages vom 19. Juli 1917. Die in den Kriegsjahren und Friedensjahren von der Zentrumspartei des Reichstages verfolgte Politik findet die volle Zustimmung der Versammlung.

2. Die Versammlung mißbilligt das Auftreten und die Agitation der Vaterlandspartei als Störung des inneren Friedens und der Einheit des Volksganges, als Schädigung unserer Stellung nach außen. Sie rät daher allen Zentrumsparteiliegenden des Wahlkreises nachdrücklich davon ab, die Vaterlandspartei durch Beitritt oder sonst irgendeine zu unterstützen.

Es wird geparat. Die Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen hat ihren Dienststellen empfohlen, auswärtige Dienstgeschäfte nur in unvermeidlichen Fällen vorzunehmen und wo dies der Fall ist, auf ihre Erledigung mit dem geringstmöglichen Aufwand hinzuwirken. In Fällen, wo die auswärtigen Geschäfte zugunsten Dritter vorgenommen werden und von ihnen für die Aufwandsentschädigungen Ersatz geleistet wird, ist darauf zu achten, daß dies gegebenenfalls in den höchsten Beträgen geschieht. Weiter hat die Generaldirektion angeordnet, daß die Notwendigkeit der Erhöhung der Aufwandsentschädigung bei auswärtigen Dienstgeschäften nicht nur bei den Beamten gegeben ist, sondern auch bei den Arbeitern zutrifft.

Durlach, 18. Febr. Am Sonntag vormittag um 110 Uhr ist in einem Kellerraum des Gasthauses zum „Grünen Hof“ hier ein Schandenspektakel aufgeführt worden, welches jedoch durch das rasche Eingreifen des Spritzenmeisters Schwarz und seines Sohnes alsbald gestoppt werden konnte. Die Entführung ist noch unbekannt. Der Schaden beträgt etwa 100 M.

Bruchsal, 21. Febr. Gestern nachmittag 4 Uhr brach in dem Anwesen des Zimmermeisters Koch, Albeinstr. 6, Feuer aus, wodurch die Zimmerwerkstätte sowie ein anschließender Schopf abbrannten. Bedroht sind zwei Biegen, mehrere Sägen, sowie Werkzeuge. Die herbeigeeilte Feuerwehr konnte das Feuer auf seinen Herd beschränken.

**Werbt neue Abonnenten für den Volksfreund!**

**Was die Gefangenen in der Peter-Pauls-Festung sagen.**

Ein Gespräch mit Suchomlinow, Tscherschenko und Purischkewitsch.

Ein Mitarbeiter des Pariser „Journal“ hat Gelegenheit gehabt, die Peter-Pauls-Festung in Gesellschaft von drei schwedischen Herren zu besuchen und sich mit den darin Gefangenen zu unterhalten. Im Gegensatz zu anderen Berichten weiß der französische Besucher nicht genug von der Beängstigung zu erzählen, deren sich die Gefangenen erfreuen. Nach seiner Darstellung geht es ihnen so gut, daß sie den Verhandlungen in Presh-Tiwoski mit Sorge entgegensehen und nichts sehnlicher wünschen, als daß der Friede nicht zustande kommt, von dem sie augenscheinlich eine Schmälerung ihrer Lebensbegehrlichkeit befürchten zu müssen glauben. Der erste, den die Herren zu sehen bekamen, war der verbrochene General Suchomlinow, der intellektuelle Urheber der russischen Kriegserklärung, den man schon mit schweren Ketten beladen, auf dem Wege nach Sibirien wähnte. Der Wadere ist statt dessen in der Peter-Pauls-Festung lediglich gut aufgehoben, und er benutzte denn auch gern die Gelegenheit, sich den Bolschewiki dankbar zu zeigen. „Meinen politischen Grundgedanken nach“ so erklärte er, „gehöre ich zu den Kontervativen; gleichwohl habe ich den Tag mit Freude begrüßt, an dem die Maximalisten zur Macht kamen. Ich bin nur der Bräutigam zahlreicher anderer Kreaturen der ehemaligen Herrschaft. Unbeschadet meiner monarchistischen Anschauungen glaube ich nicht daran, daß der Zarismus jemals wiederkehrt. Die alte Welt verjährt im Dunkel, Humanität und Zivilisation sind zerstört. Woher soll denn die Rettung kommen? Als einer der Besucher darauf bemerkte: „Weshalb soll man es nicht auch einmal mit dem Sozialismus versuchen?“ erwiderte Suchomlinow lächelnd: „Ja, warum eigentlich nicht? Ein Gefangener weiß ja nicht recht, wie es in der Welt aussieht. Heute bin ich ja auch ein Proletarier, denn all mein Hab und Gut ist beschlagnahmt.“ Suchomlinow sang dann ein Loblied auf die Behandlung und die Bekämpfung im Gefängnis. Alles sei viel besser wie unter

Kerenski; damals habe er weder Briefe noch Besucher empfangen dürfen; heute sehe er seine Frau alle Tage, und er habe schon 150 Bücher ausgelesen. Das Brot, das er den Herren zeigte, war wie diese versichern, ungleich besser als das, was man in Petersburg für teures Geld kauft.

Der nächste Besuch galt Skolofow, einem der mutmaßlichen Mörder der Minister Stolofschin und Tschingarew, die im Quartier erschossen wurden, einem brutalen, gänzlich ungebildeten Riesentier mit den Augen einer Viehe. „Ich habe Sie rufen lassen, damit Sie in der Presse erklären, daß ich unschuldig bin“, sagte er seinen Besuchern. Ein paar Schritte weiter trafen diese den ehemaligen Minister der Provisorischen Regierung, Amskenti, der ihnen in heiterster Stimmung die Hände drückte. „Wir wechselten einige Worte in deutscher Sprache mit ihm“, schreibt der Pariser Berichterstatter, „und er verabschiedete sich von uns mit den Worten: „Auf Wiedersehen beim nächsten internationalen Sozialistenkongreß!“ Wir haben auch seinen Zellengenossen, den ehemaligen Finanzminister der Provisorischen Regierung, Tscherschenko. Raum waren wir ins Gespräch gekommen, so begann er sofort von Politik zu reden. Er hatte jedoch die Rede Tschelys bei der zweiten Sitzung des Sojuzet-Kongresses gelesen und griff den neuen Diktator heftig an, indem er erklärte, Trotski wolle nicht erlauben, daß der russische Sonderfriede den Interessen Russlands vertragen entgegenlaufe. „Meine ganze Politik war stets nur darauf gerichtet, diese Katastrophe zu verhindern“, fuhr er fort. Wir besuchten endlich noch Purischkewitsch, den wilden Antisemiten, der an der Versöhnung gegen Kalsutin beteiligt war. Es ist ein kleiner Herr mit lebhaften Augen. Ich befragte ihn über die Grundursache der Revolution. „Diese Grundursache“, antwortete er, „ist in dem einzigen Wort Kalsutin enthalten. Es war unbedingt notwendig, das alte Regime zu vernichten, da der Zar von lauter Verrückten umgeben war. Ich war der erste, der Kalsutin denunzierte und das alte Regime der Korruption beschuldigte. Leider Gottes kam mein Arm und Bein zu spät.“ Auch dieser Herr sprach sich bei dieser Gelegenheit gegen den Tschelys aus. „Gegenwärtig mit Teufel und Frieden zu schließen“, erklärte er, „heißt die Zukunft Ruß-

**Bevölkerung, politische Arbeiten des Reiches.**

Berlin, 19. Febr. (B.Z. Amtlich.) Die bevölkerungs- politischen Arbeiten des Reiches, die dem Neuaufbau unserer Volkskraft nach dem Kriege dienen sollen, werden demnächst durch zwei Gesetzentwürfe eingeleitet, die nach Durchberatung im Bundesrat jedoch dem Reichstag zugegangen sind. Der eine Gesetzentwurf betrifft die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der andere richtet sich gegen die Verhinderung der Geburten und die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten durch gewissenlose Leichtsin. Um in den Erkrankten das Verantwortlichkeitsgefühl für die Gefährlichkeit ihres Zustandes zu schärfen, bedroht § 2 des Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten denjenigen mit schwerer Gefängnisstrafe, der den Geschlechtsverkehr ausübt, obwohl er weiß, daß er den Umständen nach annehmen muß, daß er an einer ansteckenden Krankheit leidet. Verbotten ist endlich jede Fernbehandlung von Geschlechtskrankheiten, sowie nach § 4 die öffentliche Anfeindung und Anpreisung von Mitteln, Gegenständen oder Verfahren zur Heilung oder Beseitigung von solchen Krankheiten und die Ausstellung von solchen Gegenständen an allgemein zugänglichen Orten. Da das Dinerium anerkanntermaßen die gefährlichste Verbreitungsquelle der Geschlechtskrankheiten darstellt, wird durch die Bestimmungen der §§ 5 und 6 eine Sanierung des Dineriums angestrebt mit dem Ziel, möglichst alle Personen, die geweremäßig Unzucht treiben, einer fortlaufenden, soweit zugänglich freiwilligen, unauffälligen ärztlichen Ueberwachung zuzuführen. Nach den Bestimmungen des § 5 können indes Personen auch zwangsweise auf das Vorhandensein von Geschlechtskrankheiten untersucht und im Erkrankungsfall zwangsweise der Heilbehandlung, insbesondere auch dem Krankenhaute, unterstellt werden. § 6 schränkt den sogenannten Anpfeilerparagraphen (§ 160 des Strafgesetzbuchs) dahin ein, daß dessen Vorrichtung keine Anwendung finden sollen auf das Bemerken von Wohnungen an Personen von über 18 Jahren, wenn es mit weder ihre Ausbeutung, noch das Ansehen zur Ungebühr verbunden ist. Um die Uebertragung von Geschlechtskrankheiten auf Kinder zu verhindern, ist in § 7 bestimmt, daß die ein fremdes Kind fassen, im Besitz eines unmittelbaren Vaters die Stellung ausgefertigter Gesundheitszeugnisse einmüssen. Beirath wird ferner jede weibliche Person, die ein fremdes Kind füllt, trotzdem sie weiß, daß sie an einer Geschlechtskrankheit leidet. Andernfalls wird auch derjenige mit Strafe gestellt, der ein syphilitisches Kind, für dessen Pflege zu sorgen hat, in Kenntnis der Erkrankung von einer anderen Person als der Mutter fassen läßt, oder wer ein geschlechtskrankes Kind wissentlich in Pflege gibt, ohne die Pflege des Kindes von der Krankheit zu benachrichtigen.

In dem Entwurf eines Gesetzes gegen die Verhinderung der Geburten sind in § 1 Handhaben gegeben, um das geweremäßige Fertigen oder Vorrätighalten, in Verkehr bringen und Veräußern von Gegenständen, die geeignet sind, die Empfängnis zu verhindern, die Schwangeren zu befehlen, zu verhindern oder zu beschränken, jedoch soll hierbei soweit solche Mittel zugleich der Heilung von Geschlechtskrankheiten dienen, auf die Bedürfnisse des Gesundheitszustandes Rücksicht genommen werden. Verbotten ist ferner in § 3, entzündungserregende oder fruchtstreibende Mittel, Gegenstände oder Verfahren öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften usw. anzukündigen, oder solche Mittel und Gegenstände allgemein zugänglichen Orten auszustellen. Strafflos bleibt ihre Anfeindung an Apotheker oder in ärztlichen Fachschriften. § 4 wendet sich an schwerere Androhungen gegen jedes öffentliche Anbieten eigener oder fremder Dienste zur Vornahme oder Aufforderung zur Befreiung der Schwangerschaft. Schwerere Strafen unterliegt gleichfalls, wer geweremäßig Mittel, Gegenstände oder Verfahren zur Verhinderung der Empfängnis bei anderen Personen anwendet oder seine eigenen oder fremden Dienste hierzu anbietet.

Beide Gesetzentwürfe bringen zum Teil einschneidende Maßnahmen. Solche sind indes unvermeidlich, um den Bevölkerung an Gesundheit und Familienglück, die das Uebelbeseitigen der Geschlechtskrankheiten nach sich ziehen, zu begünstigen und den unter dem Einfluß des Krieges sich immer bedrohlicher gestaltenden Geburtenrückgängen zu fernern.

**Eingegangene Bücher und Zeitschriften.**

Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können bei der Buchhandlung bezogen werden.

Was erstrebt der Sozialismus und was wollen die Sozialdemokraten? Diese Fragen stellen in der jetzigen politischen bewegten Zeit täglich Tausende unserer Volksgenossen draußen an der Front und in der Heimat und sie werden gestellt in allen Schichten unserer Bevölkerung. Viel zu klein ist die Zahl derer, die sie erschlappend zu beantworten vermögen und es ist doch nicht so ganz leicht, sich diese Frage aus der umfangreichen sozialistischen Literatur zu beantworten. — Da möchten wir die Fragesteller auf ein Büchlein aufmerksam machen, von Paul Kampffmeyer, betitelt: „Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturwissenschaften“, das im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen ist und für 1,20 M. von jeder Buchhandlung bezogen werden kann. Das Buch ist eine Abhandlung über die Geschichte, Politik und Literatur der Sozialdemokratie und des Sozialismus. Es beginnt mit der Vorgeschichte der sozialistische Bewegung, gibt eine kurze Darstellung über die Agitation Lassalles und das ökonomische Lehren von Karl Marx, schildert den Aufstieg der Arbeiterpartei von der Seite zur Massenbewegung und zeigt die gewaltige Kulturarbeit, welche die Sozialdemokratie geleistet hat, in einzelnen Abschnitten, z. B. Frauenfrage, Agrarfrage, Kommunalpolitik, Arbeiterrecht, Genossenschaften usw. An der Hand dieses Büchleins wird man sich leicht in der sozialistischen Literatur zurechtfinden. Es sei daher allen, die sich mit dieser Frage beschäftigen, empfohlen.

Das Buch kann durch jede Parteibuchhandlung bezogen werden. Das Porto beträgt 20 Pfennig.

Die Jul...  
Im 18...  
bernes Jul...  
würdig...  
den im...  
galtigen...  
wird der...  
Austrie...  
die Car...  
Geldhebr...  
nen We...  
Baukand...  
Die...  
lands...  
Ausland...  
Beute, die...  
die Kleinen...  
Heim!...  
Demokratie...  
meint er...  
sorge vor...  
Friedens...  
Zukunft...  
mit ein...  
um 3...  
Sozialdem...  
rück hinter...  
den Streit...  
Behauptung...  
vom 19. Ju...  
den. Dan...  
händen au...  
ein Telegr...  
Darauf...  
a. Wang...  
gegen die...  
sachl...  
einigen...  
Lingsge...  
eine weite...  
war, schuf...  
früherer...  
Landw...  
hätte Schif...  
er denjeni...  
sch noch...  
Wir müsse...  
nem, das...  
Schleichh...  
meinheit...  
Menschen...  
Die unabh...  
Spezial...  
am einze...  
Patient...  
Fröhlich...  
und abgel...  
kon auf...  
dabe ein...  
der hebe...  
nicht gut...  
gern jug...  
der Höhe...  
Nach ihm...  
Demokrati...  
mann gebe...  
fertum. G...  
an die Be...  
habe...  
Die Erhalt...  
wünschen...  
unserer...  
Diden...  
nach Best...  
Feiten, nu...  
trifft, selb...

Forzeiti...  
erster Ma...  
neinen...  
sind b...  
Nachliefer...  
Barock...  
darüber...  
Umständen...  
erlag zu...  
Erhöht...  
es Zuerst...  
Wir dahin...  
zur Abf...  
menge bere...  
geleistet...  
Jahresvoll...  
der Jahre...  
von drei...  
höchstens...  
für jedes...  
G, welches...  
abhefert...  
punkt der...  
sollen. W...  
Bühner...  
Verbraucher...  
Wir hab...  
regelung...  
neue Preis...  
Der...  
qualitete...

### Mit Pauken und Trompeten.

Die Jubiläumsversammlung des Bundes der Landwirte. Am 18. Februar beging der Bund der Landwirte sein silbernes Jubiläum, und man kann behaupten, daß es sich würdig verhielt. Die Reden, die dabei geschwungen worden sind, geben ein reichhaltiges Anschauungsmaterial der zeitlichen Verfassung unserer Junker. Als erster Redner sprach der Reichstagsabgeordnete Dr. Koenig. Er leitete seine Ausführungen mit der tiefgründigen Bemerkung ein, daß Caprivi und seine Politik die Ursache der heutigen Lage seien. Caprivi hätte zu viel auf unsere auswärtigen Märkte gesetzt, während der Bund jedes Jahr Deutschland im Ausland unabhängig habe machen wollen. Die 22. Art. sei heute erreicht (1), und der Bund solle sich auf diesen Erfolg freuen. Die Weltstellung Deutschlands könne sich nur auf den Auslandsmarkt stützen; denn die Auslandsmärkte hätten nur einen imaginären Wert. Es gäbe Leute, die wollten die Verbeugung zwischen die Großen und die Kleinen der Landwirte hineintragen. „Das sind unsere Feinde!“ Dann hant er auf die Demokratie ein. Die Demokratie habe nie an diesen Krieg geglaubt. (?) Dann meint er, wir müßten Ansehungsland haben, und dieses liege vor unseren Toren im Osten. Dagegen stehe aber die Friedensresolution vom 19. Juli. (Zwischenruf: Psst! Psst!) Das Selbstbestimmungsrecht sei gewiß ein Wort von tiefem Inhalt, aber wir müssen es auf uns anwenden, nicht auf unsere Feinde. Unsere Sozialdemokratie lege ihre Pflicht gegen das Vaterland zurück hinter ihren internationalen Theorien, das habe sie mit dem Streif bemerkt. Schließlich stellt er noch die gemachte Behauptung auf, solange die Resolutionsmehrheit vom 19. Juli bei uns herrsche, bekämen wir keinen Frieden. Dann kam ein Uferhoch, und was unter keinen Umständen auf einer konservativen Versammlung fehlen darf: ein Telegramm an Hindenburg.

Darauf ergreift der schon hinreichend berichtigte Freiherr v. Wangenheim-Klein-Spiegel das Wort. Er wendet gegen die internationale finanzielle Finanzherrschaft und die Sozialdemokratie, bedenklich England mit seinen Lebenswürdigkeiten und geht dann auf das Liebesgebiet der inneren Politik über. Geheißt hätte uns stets eine weitsichtige Vorratspolitik. Erst als es zu spät war, kaufte man kriegswirtschaftliche Einrichtungen bürokratischer Natur, statt sie auf die freie Mitarbeit der Landwirtschaft zu gründen. (1) Diese Kriegswirtschaft hätte Schiffbruch gelitten. Unter großer Heiterkeit fordert er denjenigen unter den Anwesenden auf, sich zu erheben, der sich noch nicht gegen Kriegsverordnungen vergangen habe! (Wir wissen nicht, ob sich einer erhoben hat, glauben aber gern, daß alle sitzen geblieben sind.) Der zunehmende Schleichhandel beweise, daß Ware da sei, die der Allgemeinheit zugute kommen könnte. Auch die Gendarmen seien Menschen und müßten, was Butter, Eier und Speck sind. Die unabhängigen Kriegswirtschaftsstellen vergleicht er mit Spezialrzten, die ohne Mithilfe auf den Gesamtorganismus an einzelnen Gliedern herumkurieren mit dem Erfolge, daß der Patient eines Tages hinüber sei.

Fröhlich konstatiert er, daß der Waffenstillstand mit Rußland abgelaufen sei, und hoffentlich seien unsere Armeen schon auf dem Wege, um die Wlter zu befreien! Er lobt einem russischen Gefangenen das Bild Trozkys gezeigt, der habe gesagt: „Es sich gut zu machen Pferdehandel, es sich nicht gut zu machen Frieden!“ Damit dem Gefangenen gern zugestanden sein mag, daß sich seine Ansichten ganz auf der Höhe der Dialektik des Herrn v. Wangenheim halten. — Nach ihm sprachen Reichstagsabg. Dr. Widgrube über Demokratisierung und Parlamentarisierung. Trozkys Raum gebe es keine Verhndlung zwischen Demokratie und Sozialismus. Er verschwendete eine Unsumme von Witz und Geist auf die Beschimpfung Volksmann Hollwegs, von dem er behauptete, daß ihn Gott im Jorne zum Reichstagskanzler geschickt habe. Interessant ist noch seine halbnaive Bemerkung: Die Erhaltung der preussischen und deutschen Monarchie wünschen wir nicht um der Dynastie willen, sondern um unserer selbst willen. Zuguterletzt schwang sich Herr v. Hindenburg-Janusch auf die Tribüne. Auch er gab seine persönliche Weisheit im Rahmen des Ganzen zum Besten, nur daß er, was ostpreussischen Sanherdendon andeutet, selbst seine Vorredner weit in den Schatten stellte.

### Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 21. Februar.

Vorzeitiger Verbrauch von Kartoffeln. Trotz wiederholter erster Warnungen zum spärlichen Verbrauch der von den einzelnen Haushaltungen im Herbst eingelagerten Kartoffelvorrte sind beim Kartoffelmarkt schon Geruche eingelaufen um Nachlieferung von Kartoffeln für die vorzeitig aufgebrauchten Vorräte. Zur Verhndlung von Enttäuschungen sei noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß das Kartoffelamt unter keinen Umständen in der Lage ist, für vorzeitig verbrauchte Kartoffeln Ersatz zu leisten.

Erhöhung der Höchstpreise für Eier. Das Ministerium des Innern hat seine Bekanntmachung über die Höchstpreise für Eier dahin geändert, daß, wenn die einer Uebersehungsperiode zur Ablieferung an eine Bedarfsgemeinde ausgegebene Jahresmenge bereits vor Ablauf des Wirtschaftsjahres in voller Höhe gefressen wird, ihr die Bedarfsgemeinde bei Lieferung der Jahresvollmenge bis spätestens 31. Juli einen Zuschlag der Jahresvollmenge bis spätestens 31. Juli einen Zuschlag von drei Pfennig und bei Lieferung der Jahresvollmenge bis spätestens 31. August einen Zuschlag von zwei Pfennig für jedes abgelieferte Ei zu zahlen hat. Ferner ist für jedes Ei, welches die Uebersehungsperiode über das Jahresstck hinaus abgefressen wird, von der Bedarfsgemeinde ohne Mithilfe auf den Zeitpunkt der Ablieferung ein Zuschlag von drei Pfennig zu zahlen. Weiterhin wird der höchste Preis für ein Stück für eine gute Weisheit beim Weiterverkauf an den Verbraucher auf 28 Pf. festgesetzt.

Wir haben dieser Tage geschrieben: Was wird bei der Neuordnung der Eierverteilung anders herauskommen als eine neue Preis erhbung? — Haben wir recht oder nicht?

Der Karlsruher Ortsverband der Beamtenvereine beschloß am 15. Februar seine zweite Mitliederber-

jammlung. Der Redner des Abends, Herr Oberstadtratsrat Weiler, berichtet über die wirtschaftlichen Aufgaben der nächsten Zukunft. In der Wohnungsfrage werde sehr viel zu tun sein. Die Verhältnisse dürften nach dem Kriege sehr schwierig werden, insbesondere in Karlsruhe sei ein Wohnungsmangel bestimmt anzunehmen. Der Verband habe mit Gewerkschaften und anderen Organisationen zusammen Regierung und Landtag um eine Reihe von Verbesserungen ersucht. Auf Ersuchen des Verbandes habe der Vorsitzende der Karlsruher Ortsgruppe eine Broschüre „Beamte und Arbeiter als Mieter im Krieg“ herausgegeben. Ferner sei in letzter Zeit die Huserkasse erörtert worden. Auch werden Projekte für die Stadterweiterung bearbeitet. Die Beamten müßten mithelfen, diese gemeinnützige Tätigkeit zu unterstützen, damit das Angebot an die Nachfrage herantomme und ungerechtfertigte Miethoerhhungen, die bei großer Nachfrage und geringem Angebot eintritt, verhindert würden. Den wichtigsten Gegenstand des Abends bildete die Tätigkeit der Beamten in der Lebensmittelfrage. Der Redner erwähnt, daß sich alles zusammenfhlie, um die Vorteile des gemeinsamen Einkaufs wahrzunehmen. So seien in den letzten Monaten Einkaufsgenossenschaften der Gastwirte, der Hotelbesitzer, der Konditoren, gegründet worden. Landwirte, Handwerker, Industrielle seien bereits in großen Einkaufsgenossenschaften zusammengeschlossen. Die Beamten dürften hierin nicht zurückbleiben. Es frage sich nun, ob in Karlsruhe eine Beamtenorganisation neu ins Leben gerufen werden sollte oder ob nicht ein Anschluß an die bestehenden Lebensbedarfsvereine zu erstreben sei. Das letztere scheint dem Redner zweckmäßig zu sein, falls der Lebensbedarfsverein den Bündnissen der Beamtenorganisation entgegenkomme. Eine neue Ordnung führt zur Vereinfachung. Der Lebensbedarfsverein lege sich in der Weisheit aus Beamten und Arbeitern zusammen; Beamte und Arbeiter hätten in der Lebensmittelbeschaffung die gleichen Ziele, die in der Hauptsache auf die Ausschaltung des verwerflichen Zwischenhandels gerichtet seien. Ohne Handel werde man nicht ganz auskommen. Aber den unbedingten, die Waren nur verteilenden Zwischenhandel müsse man zu beseitigen versuchen. Der Redner erwähnt sodann die Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsamt, das sich bereit erklärt habe, mit dem Verband zusammen an der Erreichung dieser Ziele mitzuwirken. Er schgt vor, daß man im Verein mit dem Gewerkschaftsamt die zurzeit bestehenden Verhandlungen mit dem Vorstand und Aufsichtsrat des Lebensbedarfsvereins weiterfhrt und zu einem befriedigenden Ziele zu gelangen suche, und bittet die Mitglieder um ihre Zustimmung dazu. Am Schluß der Versammlung wurde dem Vorstand des Landesverbandes einstimmig die Zustimmung zu seinem Vorgehen in der Frage des Lebensbedarfsvereins ausgesprochen und ermächtigt, die Verhandlungen mit diesem Verein im Sinne der bei der Aussprache geäußerten Wünsche fortzusetzen.

Städtischer Landesverein vom Roten Kreuz. Wir betreiben auf die im Anzeigenteil heute enthaltene Aufforderung, betr. Rasierersammlung. Wir mchten darauf aufmerksam, daß die Beschaffung von Rasierern außerst schwer ist und bitten deshalb, wenn möglich, die dem Roten Kreuz zugedachten Rasierervorrte in den einzelnen Stdtteilen, in denen unsere Wagen fahren, bereitzustellen, damit es nicht erforderlich wird, die Zukunftsweberarbeit in die gleichen Straßen zu versetzen.

Großes Hoftheater, Freitag, 22. Februar. Erstaufführung der Komödie von Thaddäus Rittner: „Wölfe in der Haut“. Der Dktor, dessen „Garten der Jugend“ vor kurzem am Wiener Hoftheater mit sehr großen Erfolge aufgeführt wurde, erweist hier zum ersten Male mit einem Wert. Regie: Dr. Rolf Moennke.

Instrumental-Verein Karlsruhe. Das sieben ausgegebene Programm, das der Instrumental-Verein in seinem Konzert am nächsten Montag, den 25. Februar bietet, bringt neben der siebenstimmigen Sinfonie von Haydn und vier Menuetten von Mozart auch eine Neuheit, die für weitere musikalische Kreise von besonderem Interesse sein dürfte, die Ouvertüre zu einem Singpiel „Günter von Schwarzburg“ von Ignaz Holzauer, kurfürstlicher Kapellmeister unter Karl Theodor in Mannheim (1776) zur erstmaligen Aufführung. Da für den vorderen Teil des Konzertes durch Mitwirkung des neuen Karlsruher Solo-Quartetts eine glückliche Wahl getroffen wurde, darf man einem genugsamen Abend entgegensehen. Für Mitmitglieder sind Karten zugunsten des „Roten Kreuzes“ zu 1 Mk. in den Musikalienhandlungen erhältlich.

### Gewerkschaftliches.

Rorschheim, 20. Febr. Die drei Arbeiterverbnde der Rtungsindustrie hielten eine Versammlung in der „Klostermhle“ ab, die sich mit der Neuordnung der Löhne betrafte. Der Gewerkschaftsbeamte Schttle berichtete über seine Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Diese hätten kein befriedigendes Ergebnis gehabt. Verlangt wurden Stundenlöhne von 75 Pf. für gelernte Arbeiter von 18 Jahren von 1 Mk. für Arbeiter mit 21 Jahren, von 1,20 Mk mit 25 Jahren, für die nächsten 5 Jahre 6 Pf. Zuschlag. Für ungelernete Arbeiter von 16 Jahren sollen 50 Pf. bezahlt werden, für ältere Arbeiter entsprechend mehr. Nach einer längeren Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der diese Forderungen erhoben wurden.

### Die Lage im neuen Rußland.

#### Die Bolschewiki-Regierung gestärkt?

Kopenhagen, 20. Febr. (Priv.-Tel.) „Politiken“ meldet aus Warschau, es gehe hartnäckig das Gerücht, das jedoch noch nicht bestätigt sei, daß die Bolschewiki-Regierung in Petersburg von den Sozialrevolutionren unter Tschernow gestärkt worden sei. Lenin und Trozkys seien nach Riga geflüchtet sein.

#### Die Zustände in Finnland.

Stockholm, 20. Febr. (Nicht amtlich.) Wie „Aftonbladet“ aus Finnland erfährt, sind in Helsinki wieder mehrere Männer in hervorragenden Stellungen von der Roten Garde erschossen worden. Darunter befindet sich Freiherr Erdt v. Born. Nach dem gleichen schwedischen Blatte sind Ermordungen in Helsinki noch immer an der Tagesordnung. Auch diejenigen Arbeiter werden verfolgt, die unter Protest gegen die Gewalttaten aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten sind. So wurde kürzlich ein Schuhmacher zu Tode gefoltert.

Kopenhagen, 20. Febr. (Nicht amtlich.) „Aftonbladet“ meldet aus Kristiania: Nach einer Stockholmer Meldung des „Aftonposten“ hat das Komitee zur Bekämpfung der Gegenrevolution Mitteilung erhalten, daß Kerenski sich in Kristiania aufhält. Die letzten Nachrichten aus Helsinki besagen, daß dort weitere sieben bekannte Persönlichkeiten ermordet worden seien.

### Letzte Nachrichten. Bevorstehende Verhandlungen mit Rumänien.

Berlin, 21. Febr. General Averescu ist, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Wien mitgeteilt wird, in Bukarest eingetroffen, um dort Verhandlungen zu führen, die mit der Bildung seines Kabinetts und den bevorstehenden Friedensverhandlungen im Zusammenhang stehen.

Berlin, 21. Febr. Staatssekretär von Kühlmann hat seine für gestern Abend geplante Reise nach Rumänien um einige Tage verschoben. Der Aufschub ergibt sich, wie die „Vossische Zeitung“ schreibt, aus der Notwendigkeit, daß der Staatssekretär während des Gedankenanstausches mit den Bundesgenossen über die durch den neuen Frankreich des Rates der Volkskommission in Petersburg geschaffene neue Lage am Sitz der Regierung in schnellster, persönlicher Fühlung mit den anderen maßgebenden Stellen bleiben muß.

#### Die Romanows wollen verjdigen.

Berlin, 21. Febr. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Haag berichtet wird, hat eine Anzahl russischer Großfürsten und Großfrstinnen eine Petition an die Bolschewiki-Regierung gerichtet, sie möge der Familie des Czaren gestatten, Tobolsk zu verlassen und nach Paris zu reisen. Sie erklären alle Gerüchte von Plänen zur Wiederherstellung der Monarchie für falsch und wollen auf jeden Thronanspruch verzichten.

#### Interalliierte sozialistische Konferenz.

London, 21. Febr. (Neuter.) Die interalliierte sozialistische Konferenz wurde gestern eröffnet. Die Verhandlungen der Konferenz werden bei geschlossenen Turen stattfinden.

#### Kriegspolitik der amerikanischen Arbeiter.

London, 19. Febr. (Priv.-Tel.) Das amerikanische Bureau meldet aus Washington vom 19.: Der führende Rat des amerikanischen Arbeiterverbandes veroffentlichte am Schluß einer Täglichen Sitzung eine Erklärung, in der er u. a. lagie, Wilsons Feststellung der Kriegsziele sei von den amerikanischen organisierten Arbeitern rückhaltlos angenommen worden und sei in voller Uebereinstimmung mit den Grundsätzen, die durch die Uebereinkunft der amerikanischen Arbeiterverbnde in Buffalo angenommen worden sind. Die Arbeiter wünschen ihren Teil für die Republik zu tun, um den Krieg zu gewinnen. Der Krieg sei ein Krieg der Arbeiter und müsse durch sie gewonnen werden. Die amerikanischen Arbeiter bedauerten, daß die Umstände es ihnen unmöglich machten, in dauernd persönlicher Fühlung mit den Arbeitern der alliierten Länder zu sein und daß sie bei der kommenden Arbeiterkonferenz nicht vertreten seien.

#### Briefkasten der Redaktion.

Elektrisch-Effinnen. Nach eingeholter Information ist der Vertrag der Gemeinde mit der genannten Elektrizittsfirma noch nicht spruchreif. Sollte es zu einem Vertragsschluß kommen, müssen Sie sich bei Ihrer Anmeldung vorbehalten, selbst ihre Stellung bauen zu dürfen. Wenden Sie sich diesbezugl. an den dortigen Bürgermeister.

#### Vereinsanzeiger.

Durlach (Sozialdemokratischer Verein). Samstag, den 23. Februar, abends 7/8 Uhr, findet im Lokal zum „Schwanen“ eine Mitgliederversammlung statt. In derselben wird Genosse Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter Marum-Karlsruhe einen Vortrag halten. An die Mitglieder geht das Ersuchen, vollzählig zu erscheinen. Leser der Parteipresse sind willkommen. 2632

Durlach (Sngerbund „Vormris“). Heute Abend punkt 8 Uhr Singstunde im Lokal zum „Lamm“. Vollzhliges und vor allem pntliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand. 2632

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kober; für den Anzeigenteil Gustav Krger, beide in Karlsruhe, LuisenstraÙe 24

### Gesucht für sofort Mehrere Hilfsarbeiter.

Arbeitsbuch und Antrittungskarte mitbringen.

### Gesellschaft Sinner Abteilung Nährmittel Karlsruhe-Grnwinckel.

### Wie erhalte ich als Kriegsbeschädigter oder als Kriegerwitwe eine Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsverforgung?

(Mit amtlicher Genehmigung.)

Zweite erweiterte Auflage. Preis 70 Pf., noch auswärts und ins Feld 10 Pf. Porto. Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24

Es fehlte uns

Fuhrwerk. Deshalb sammeln wir in dieser u. der nächsten Woche erst im Stadtteil Mühlburg, dann in der Südweststadt (Strassen westlich der Etlinger Strasse. 2633

Allpapier-Altmaterialien-Sammlung. Bad. Landesverein v. Roten Kreuz. Dep. Abtlg.

Lehrlinge gesucht

für hier und auswärts.

Abteilung für Handwerker:

- Gärtner, Schlosser, Schmiede, Mechaniker und Installateure, Wagner, Uhrmacher, Kürber, Buchbinder, Sattler und Tapezierer, Polsterer, Schreiner, Holzdreher, Holzbildhauer, Zimmerer, Müller, Schiffbauer, Bäder und Konditoren, Metzger, Schneider, Schuhmacher, Friseur, Maler und Anstreicher, Klempner, Glaser, Glasmaler, Raminfeger, Schweizer, Steinbrüder, Steinbrüder, Lithographen, Kunstpräger, Graveure, Photographen, Jahnstechniker, Hafner, Kupferdrucker, Marquetier, Wagenlackierer.

Abteilung für kaufmännisches Personal:

- Kontrollbüros, Eisenhandlungen, Chem. Fabrik, Holz- und Sägewerk, Warenhäuser, Farben und Lacke, Papier und Galanterie, Musikinstrumentenhandlung, Gummiwaren u. techn. Artikel, Installationsgeschäft, Detailgeschäfte, Papierwarenfabrik, Kolonialwaren und Drogerien, Zigarrenfabriken und Geschäfte, B. Handlungen, Versicherungen, Manufakturwaren, Wäscheausstattung, Haus- und Kücheneinrichtung, Verrentionsaktion, und sonstige Geschäftshäuser.

Abteilung für Hotel- und Wirtschaftspersonal: Köche und Kellerer.

Städt. Arbeitsamt, Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe, Zähringerstraße 100.

Druckarbeiten

alle Art liefert schnell und billig, Buchdruckerei Volksfreund

Divans,

sehr schöne, neue, zu verkaufen. Polstererei N. Köhler, Schützenstr. 25.

100 Postkarten, gang-prachtortiment, enth. Gold-, Glanz-, Broms-, Kunst-, Blumen-, Kopf-, Kinder-, Geburtstags-, Liebes-, Landschaft-, Witzkarten usw. 6.60 M. (10-30 Pf. Verkauf); Tausende Anerkennung, 100 Karten 3, 5, 6 M., Osterkarten 3, 5, 6, 10, 13 M., P. Wagenknecht, Verlag, Leipzig

1 zuverlässiger Bierführer und 2 kräftige Arbeiter, auch solche, die mit Pferden umgehen können, sucht für sofort, A. Pring, Brauerei, Karlsruhe, 2614

Küchenschrank, Vertiko, Diwan, und Einrichtungen lauft Levy, An- u. Verkaufsgeschäft, Markgrafenstraße 22.

Indiges Ehepaar mit einem größeren Stuaßen sucht 1-2 möbl. Zimmer m. Küche oder Nebenbenützung. Gehalt und Kinderarbeit wird gestellt, Selbstbedienung. Off. n. Nr. 2609 a. d. Geschäftsst. des Volksfr. erbitten.

Durlach, 30-40 Zentner Dickrüben, sind zu verkaufen, Pflanzstraße 79, 2634



Niemand darf glauben, daß es auf seine Mitwirkung nicht ankommt. Jeder muß sein Gold zur Goldkaufsstelle bringen.

Sendet Karten ins Feld.

Atlas der Ost- und Südostfront, 5 farbige Karten von 1. Südwestrussland, 2. Nordwestrussland, 3. Rumänien, 4. Mazedonien, 5. Aegypten.

Atlas der Westfront, 5 farbige Karten von 1. Istende-Arras, 2. Laon-Reims, 3. Reims-Verdon, 4. Toul-Nancy, 5. Kolmar-Belfort.

Die Karten sind gut beschriftet und deshalb zur Orientierung sehr geeignet.

Preis des gebundenen Taschen-Atlas 1.30 Mark. (nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto).

Venedig und die Piave-Linie

neueste Karte vom Italienischen Kriegsschauplatz, gut beschriftet und sehr übersichtlich.

Preis 60 Pfg. (nach auswärts 5 Pfg. Porto).

Freunden eines gehaltvollen Humors

empfehlen wir die badischen Kleinstadtgeschichten von Ferdinand Madlinger.

Preis 2 Mk. (nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto). Zu beziehen durch die Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt:

- Aufsicher und Fuhrleute, Gärtner für Gemüsebau, I. Hoteldiener für auswärtig, Hausburschen für Wirtschaften sowie eine Anzahl Tagelöhner.

Städt. Arbeitsamt, Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe, Zähringerstr. 100.

Lumpen-Sortiererinnen

sowie ein Mädchen für den Haushalt gesucht.

Jakob Schneller

Rohprodukte, Durlacherstraße 34.

Gesucht

junge kräftige Burschen

für unsere Nahrungsmittel-Abteilung.

Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.

Gesellschaft Sinner

in Karlsruhe-Grünwinkel.

Die freie Burg

von Rob. Grumbach.

Preis M. 1.50 (nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto). Eine Erzählung, die im großen ganzen die Stufen der des verstorbenen Genossen Dr. Ludwig Frank behandelt. Sie können das äußerst interessant verfasste Werkchen zur Anschaffung bestens empfehlen.

Buchhandlung „Volksfreund“, Luisenstr. 24. - Tel. 128.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheverträge. Alois von Köhler und Salbach von Haag, Major d. Res., Hofstallmeister und Kammerherr in Luxemburg, mit Ursula von Wahlen-Bürgel von hier. Gottlieb Wattert von Lauffen, Schuhmacher hier, mit Frieda Reich von hier. Otto Klein von Nagob, Kellner hier, mit Marie Schreiber, Witwe geb. Bach, von Leinberg. Eugen Sitter von Lauterburg, Radfahrer in Karlsruhe-Grünwinkel, mit Eva Abbogast von Melshausen, Karl Pögle von Goltzberg, Bigefeldwiesel in Freiburg, mit Ernestia Heller von Schöndorf.

Todesfälle. Susanna Holzmann, 83 J. alt, Witwe von August Holzmann, Hofmeister. Franz Wehrle, 74 J. alt, Witwe von Wilhelm Wehrle, Kaufmann. Berthold Guitas, 5 Mon. 27 Tage alt, B. Gustav Daun, Bahnarbeiter. Karoline Nidas, 66 J. alt, Ehefrau von Karl Nidas, Schuhmacher. Rosa Heß, 76 J. alt, Witwe von Robert Heß, Steuerbeamter. Josefina Czer, 37 J. alt, Ehefrau von Christian Czer, Techniker. Klara Jentof, 61 J. alt, Ehefrau von Leopold Jentof, Handelsmann. Erich Ernst, 14 J. alt, Vater Leopold Köhler, Kaufmann und Stadtrat. Amalie Dammmeier, 57 J. alt, Ehefrau von Philipp Dammmeier, Stadtbauer. Marie Hornung, 28 J. alt, Ehefrau von Jakob Hornung, Bahnarbeiter. Wilhelmine Kirchenbauer, 81 J. alt, Ehefrau von Wilhelm Kirchenbauer, Landwirt. 81 J. alt, Arbeiter, Bierführer, Chemiker, 48 J. alt, Luise Jentof, 16 J. alt, Fabrikarbeiterin. Leopoldine Gerber, 76 J. alt, Witwe von Leopold Gerber, Rentmeister.

Ein wertvolles Hausbuch für jede Arbeiterfamilie! Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält ein zerlegbares Modell, viele Illustrationen und präsentiert sich in einem schmucken Einband.

Behandelt werden folgende Gebiete:

- Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller. - Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. - Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlaff. - Der Achtstundentag. Von Dr. Zadek. - Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich. - Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. - Geschlechtsverkehr und Geschlechts-Krankheiten. Von Dr. Geberl. - Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. - Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. - Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. - Frauenleiden und deren Verhütung. Mit einem Anhang: „Die Verhütung der Schwangerschaft“. Von Dr. J. Zadek. - Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Thesing. - Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. - Verhütung und Heilung des Stoffsens. Von L. Jordan. - Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse. - Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rewald. - Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. - Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein. - Die Krankenpflege im Hause. Von Johann Ranker-Mannheim. - Die Proletarierkrankheit. Von Dr. J. Zadek.

:-: Ein Buch auf Teilzahlung! :-:

Form for ordering books from the library, including fields for name, address, and payment details.